

in verschiedenen Branchen, die standardisierte Dienstleistungen anbieten. Auch die Entwicklung und Verbesserung selbstregulierender Organisationen wie der Handelskammern, wird als positive Maßnahme aufgeführt.

Weitere Politikbereiche, die die „Entscheidung“ aufgreift, sind die Reform des Fiskal- und Finanzsektors, die außenwirtschaftliche Öffnungspolitik wie die Reform von Wissenschaft und Technologie, Bildung, Kultur und Gesundheit. (BBC EF, 21.10.03) -schü-

SVR Hongkong

27 Protestaktionen gegen Landgewinnung im Hongkonger Hafen

Bereits seit September schwelen und vermehren sich die Proteste gegen die Landgewinnung im Hafen Hongkongs, und zwar genauer: im Victoria-Harbour-Bezirk, d.h. auf der Nordseite von Hong Kong Island. Und sie scheinen sich fast zu einem lokalen Krimi auszuweiten. Winston Chu Ka-sun, Vorsitzender der Gesellschaft für den Schutz des Hafens und pensionierter Anwalt, beobachtete Mitte September Sandaufschüttungen im Victoria-Harbour-Bezirk und drohte der Regierung mit einer gerichtlichen Verfügung, um die Aufschüttungen zu stoppen. Er berief sich dabei auf eine gerichtliche Bestimmung, die besagt, dass die Regierung ein Gesetz missinterpretiert habe, indem sie mit den Aufschüttungen weitermache.

Am 27. September entschied die Regierung, die Landgewinnungsmaßnahmen einstweilen ruhen zu lassen, nachdem o.a. Gesellschaft zwei Tage vorher eine einstweilige Verfügung erwirkt hatte. Am 28. September protestierten mehr als 400 Menschen gegen die Landgewinnung – trotz der Regierungsentscheidung, die Planungen zu stoppen. Chu erwähnte in einem Radiointerview die erfolgreichen Proteste vom Juli gegen das Anti-Subversions-Gesetz (siehe dazu C.a., 2003/8, Ü 25, 2003/7, Ü 29 und 2003/6, Ü 29) und sah sich nun gezwungen, „erneut auf die Straße zu gehen“.

Fast 1.000 Personen fanden sich dann am 5. Oktober zu Protestkundgebungen im Central District zusammen, um die Regierung zum völligen Stopp des Landgewinnungsprojektes zu zwingen. In dem Fall erging am 6. Oktober eine richterliche Entscheidung. Richter Hartmann kam zu dem Schluss, dass die Arbeiten zur Landgewinnung im Central District weitergehen dürfen, und lehnte die Eingabe mit der Begründung ab, dass die Arbeiten in einem sehr frühen Stadium seien und nicht so schnell voranzingegen, wie die Eingabe behauptete. Er gehe konform mit der Ansicht der Regierung, dass keine irreparablen Schädigungen des Hafens zu befürchten seien. Die Arbeiten könnten ohne ökologische Schäden rückgängig gemacht werden, sollte die Regierung dies beabsichtigen. Winston Chu zeigte sich schwer enttäuscht von dieser Entscheidung und forderte die Behörden auf, ein früheres Gerichtsurteil gegen exzessive Landgewinnung zu respektieren.

Am 7. Oktober bot dann die Regierung den Protestlern Gespräche an, um ihre Vorstellungen über den Erhalt des Hafens mit einzubinden. Michael Suen, Sekretär für Wohnungsbau, Planung und Boden, schätzte den täglichen Verlust, der durch die Einstellung der Aufschüttungsarbeiten entstand, auf eine Mio. HK\$ (ca. 128.000 US\$). In den folgenden Tagen unterhielt Suen sich mehrfach mit den Aktivisten. Am 11. Oktober gab dann Winston Chu seinen Vorsitz in der Gesellschaft für den Schutz des Hafens auf, da er und sein Anwalt Drohbriefe erhielten, was Suen am Tag darauf aufs Schärfste verurteilte. Er vermutete, dass die Gesellschaft eingeschüchtert werden solle, um keine Gespräche mehr mit ihm zu führen. Die Polizei wurde in diesen Fall eingeschaltet und neue Vorsitzende der Gesellschaft wurde Christine Loh. Chu verließ Mitte Oktober Hongkong in Richtung London, da er und seine Mutter auch Briefe mit Morddrohungen erhalten haben sollen. Dies veranlasste am 14. Oktober mehrere Aktivistengruppen (die Aktionsgruppe für den Schutz des Hafens, die Gesellschaft für den Schutz des Hafens, SynergyNet und Greenpeace), Vorbereitungen für Demonstrationen am 19. Oktober zu treffen. An diesem Sonntag kamen et-

wa 800 (andere Quellen sprechen von 1.000) Menschen zusammen, die zum Regierungssitz marschierten und dort eine Petitionsliste mit 3.000 Unterschriften überreichten, um so gegen die Landgewinnung in Victoria Harbour zu demonstrieren. Das geplante, 18 ha große Landstück mit der Bezeichnung „Central Reclamation III“ soll dem Bau neuer Straßen im Finanzdistrikt dienen. Die Aktivisten hoffen einerseits, dass der alte Victoria Harbour von den Vereinten Nationen in die Liste des Kulturerbes aufgenommen werden könnte, und beschuldigen andererseits die Regierung, ein verabschiedetes Gesetz zum Schutz des Hafens zu verletzen. Sie wollen sich nicht von den Morddrohungen gegen Winston Chu einschüchtern lassen, von denen laut Quellen nicht bekannt ist, von wem sie stammen könnten, – auch dieses Anliegen wolle man mit der Demonstration ausdrücken.

Mehrere Interessen kommen hier zusammen: umweltpolitische, kulturbe-wahrende und protestaktivistische seitens der Einwohner und wirtschaftlich-marktpolitische sowie machtdemonstrative seitens der Regierung. Die Bürger Hongkongs sehen sich gestärkt durch den Erfolg der Demonstrationen gegen das Anti-Subversions-Gesetz, die Regierung erhofft sich mehr Kapital aus der Landgewinnung und sieht sich an die strikteren Vorgaben Beijings gebunden. Ob Beijings Wunsch nach mehr politischer Stabilität in Hongkong eine Rolle dafür gespielt hat, dass die Regierung der SVR am 6. November entschieden hat, die Landgewinnungsmaßnahmen – und somit die Proteste – sofort zu stoppen, kann nicht eindeutig gesagt werden. Michael Suen gab bekannt, dass nach seinen Gesprächen mit der Vorsitzenden Christine Loh übereingekommen wurde, Victoria Harbour zu schützen und für die Öffentlichkeit und für Touristen attraktiver zu gestalten sowie nur die geplante Minimalaufschüttung zu Ende zu bringen. Die Bereiche Central-Wan-Chai und Südost-Kowloon seien für die Neulandgewinnung vorläufig ausreichend, der nördliche Küstenstreifen von Hong Kong Island bleibe weiterhin unberührt. (SCMP, 18.9., 14.10.03; RTHK Radio 3 audio web site, 27., 28.9., 5., 6., 7., 8., 11., 12., 19.10.03, nach BBC PF, 28., 29.9.,

6., 7., 8., 9., 12., 13., 20.10.03; XNA, 6.10.03; ST, 19.10.03; Xinhua, 6.11.03, nach BBC PF, 7.11.03) -cb-

28 SARS-Untersuchungsbericht vorgelegt

Die internationale Expertenkommission, die am 28. Mai vom Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa eingerichtet worden war (vgl. C.a., 2003/07, Ü 31), um Ausbruch und Management der Epidemie zu untersuchen, Verbesserungen für das Gesundheitssystem vorzuschlagen und Schlussfolgerungen für künftige mögliche Ausbrüche zu ziehen, hat am 2. Oktober ihren Abschlussbericht mit dem Titel *SARS in Hong Kong, from Experience to Action* vorgelegt (Volltext des Berichts sowie eine Kurzfassung unter http://www.sars-expertcom.gov.hk/english/reports/reports/reports_fullrpt.html). Die Kommission bestand aus 11 Experten aus Großbritannien, den USA, Australien sowie aus der VRCh und Hongkong. Geleitet wurde sie von Sir Cyril Chantler und Professor Sian Griffith. Der Minister für Gesundheit Dr. Yeoh Eng-kiong war von der Leitung zurückgetreten, nachdem Kritiker, u.a. seitens der Hongkonger Medizinervereinigung, massiv darauf hingewiesen hatten, dass er sich nicht selbst kontrollieren könne.

Die Hauptaufmerksamkeit der Kritiker richtete sich denn auch darauf, inwieweit in dem 279 Seiten langen Bericht individuelle Verantwortlichkeit, speziell die von Gesundheitsminister Yeoh, für den Ausbruch der Krankheit in Hongkong festgestellt wird. Die Kritik bezieht sich dabei vor allem auf Aussagen von Yeoh vom 17. März. An diesem Tag, an dem 95 SARS-Patienten in Hongkonger Krankenhäusern behandelt wurden, hatte er festgestellt, es gebe keinen Krankheitsausbruch in Hongkong selbst. An dieser Aussage hielt er auch noch drei Tage später fest, obwohl er schon Fälle in Hongkong eingestehen musste. Nur wenige Tage darauf wurde die Infizierung von 300 Bewohnern des Wohnkomplexes Amoy Gardens bekannt. Tung Chee-hwa gab erst Ende März verschärfte Quarantänemaßnahmen bekannt, als viele Eltern ihre Kinder längst nicht mehr zur Schule gehen ließen. Yeoh soll aber auch

die zunächst die Schwere des Ausbruchs in China verschleiern den Aussagen der chinesischen Regierung in Schutz genommen haben; so sprach er am 21. März davon, dass seitens der Gesundheitsbehörden in China, speziell in Beijing, niemals versucht worden sei, etwas zu verheimlichen. Tatsächlich, so macht auch der jetzt veröffentlichte Bericht deutlich, hat die Hongkonger Regierung nie den Bericht der Guangdonger Provinzregierung erhalten, der dort am 23. Januar erstellt worden war, obwohl sie bereits Anfang Februar die entsprechenden Stellen in Guangdong kontaktiert und sich sogar an das Beijinger Gesundheitsministerium gewandt hatte.

Die Kritiker der Hongkonger Regierung gehen insofern davon aus, dass die Ausbreitung der Krankheit aufgrund vor allem politischer und weniger medizinischer Fehler erfolgte; dies zeige auch der weit bessere Umgang mit der Krankheit in Singapur und Vietnam. Die Kommission erklärte demgegenüber, es habe Lücken im lokalen Gesundheitssystem, aber keine Fehler einzelner Beamter gegeben. Auch die Aussagen Yeohs seien technisch korrekt gewesen, es habe damals keine Anzeichen für Fälle außerhalb der Krankenhäuser gegeben. Allerdings, so gesteht auch die Kommission ein, sei ein wesentlicher Grund für die geringe Vorbereitung Hongkongs gewesen, dass Guangdong keine Informationen weitergegeben hat. Anderenfalls hätte die Epidemie abgeschwächt werden können. Als diese Ende Juni abebbte, waren immerhin 1.755 Fälle diagnostiziert worden, von denen 299 tödlich verliefen.

Die Regierung begrüßte den Bericht, in dem ihr bestätigt wurde, sie habe die Krise „alles in allem gut gemanagt“. In dem Bericht werden 46 Empfehlungen zur Verbesserung des Gesundheitssystems und der Abwehrmaßnahmen gegeben. U.a. sollten wie in anderen Ländern spezielle Kontroll-einrichtungen geschaffen, Berater für Infektionskontrollen in allen Krankenhäusern etabliert, mehr Isolationsräume eingerichtet und die Kommunikation mit Guangdong verbessert werden.

Dr. Yeoh entschuldigte sich für die entstandenen „Missverständnisse“, betonte aber – mit Rückendeckung Tungs –, er werde im Amt bleiben. Außerdem

wurde ihm die Verantwortung für eine Arbeitsgruppe übertragen, die die Empfehlungen der Kommission umsetzen soll und bereits am 7. Oktober zusammentrat. Chantler und Griffith wurden neben den beiden Hongkonger Kommissionsmitgliedern Prof. Rosie Young und Prof. Lee Shiu-hung sowie dem Mitglied des Legislativrates Dr. Lo Wing-lok von Tung gebeten, in einem Monitoringkomitee zur Supervision der Arbeitsgruppe mitzuwirken. Die Umsetzung der Empfehlungen gilt insofern als dringend, als ein erneuter Ausbruch der Krankheit nach wie vor nicht ausgeschlossen wird.

Darüber hinaus hat die Regierung einen Hilfsfonds eingerichtet, um sowohl den Familien der Verstorbenen zu helfen als auch die psychologische und medizinische Versorgung der genesenen SARS-Patienten zu verstärken. Dies gab Gesundheitsminister Yeoh am 6. Oktober bei einer Sitzung des Gesundheitsausschusses des Legislativrates bekannt, wo gleichzeitig angesichts der Unzufriedenheit mit dem Kommissionsbericht beschlossen wurde, eine neue unabhängige Untersuchung in Auftrag zu geben. (XNA, 2., 3., 4., 6.10.03; IHT, 3.10.03; WSJ, 2., 7.10.03; Press Release, 7.10.03, www.info.gov.hk) -gs-

29 Anzeichen für Verbesserung der Arbeitsmarktlage

Die jüngste Arbeitsmarktstatistik, die am 20. Oktober vorgelegt wurde, verzeichnet einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Saisonbereinigt sank die Arbeitslosenrate von 8,6% für Juni-August auf 8,3% für Juli-September, während die Rate der Unterbeschäftigung von 4,0% auf 3,6% abnahm. Arbeitslos waren noch 297.000 Menschen, unterbeschäftigt 127.000. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit war vor allem im Einzelhandel, im Unterhaltungs- und Erholungsbereich, in der verarbeitenden Industrie sowie im Gaststätten- und Hotelgewerbe, im Transport, Immobilienbereich und bei Sanitärdiensten zu verzeichnen. Die Zahl der freien Stellen nahm ebenso zu wie die Zahl der Vermittlungen. Auf der Angebotsseite sank die Beschäftigungsquote von Jugendlichen sowie Frauen im mittleren Alter (Press Release, 20.10.03, www.info.gov.hk).

Da für junge Arbeitssuchende die Arbeitsmarktlage immer noch nicht zufrieden stellend ist, wurde seitens der Regierung das Trainingsprogramm zur Beschäftigungsvorbereitung Jugendlicher auf 18.000 Stellen pro Jahr ausgeweitet. Es richtet sich an 15-19-Jährige, denen in zwei 6-monatigen Ausbildungsphasen berufliche Fertigkeiten und Sprachkenntnisse (Englisch, Mandarin) vermittelt werden, die Unternehmen in verschiedenen Branchen besuchen, in öffentlichen Einrichtungen ein Praktikum machen und auch an Bewerbungstrainings sowie Berufsberatungen teilnehmen. Insgesamt 45.000 Jugendliche haben dieses Programm bereits durchlaufen (XNA, 5.10.03).

An junge Arbeitskräfte zwischen 15 und 34 Jahren richtete sich eine Umfrage der Hong Kong Federation of Youth Groups, inwieweit sie bereit seien, im Perlfussdelta in China zu arbeiten. Die Zusammenarbeit mit diesem Gebiet dürfte nach Abschluss des Closer Economic Partnership Arrangement noch enger werden und schon jetzt arbeiten dort nach Regierungsangaben 190.000 Hongkonger, davon 25.000 unter 29 Jahren.

Befragt wurden 1.501 Personen in 329 Unternehmen. Nur 15% erklärten sich bereit, in China zu arbeiten, 53% lehnten dies ab und 30% gaben an, noch nicht darüber nachgedacht zu haben. Zugleich bezeichneten aber 60% das Arbeiten im Perlfussdelta als künftigen Trend und sogar 7 von 10 Befragten gaben an, eine Arbeit dort in Betracht ziehen zu wollen, wenn in Hongkong kein Job zu finden sei. Als Gründe für die derzeitige Ablehnung wurden die fehlende persönliche Sicherheit und das langweilige soziale Leben genannt, was seitens der Federation auf fehlende Kenntnisse zurückgeführt wird (SCMP, 14.10.03).

Die Befragten zeigten bei ihren persönlichen Angaben hohe Werte im Englischen, aber Schwächen im Mandarin. In diesem Kontext sei erwähnt, dass seitens des Hongkonger Bildungsministeriums darüber nachgedacht wird, Mandarin zur offiziellen Unterrichtssprache in Schulen zu machen und damit den Kantoner Dialekt zu ersetzen. Dies sei nach der Rückgabe an China nur „natürlich“, so eine Sprecherin des offiziell-

len Think-tanks für die Sprachpolitik. Ein Zeitplan liegt aber noch nicht vor. 1998 waren die englischen Schulbücher durch chinesische ersetzt worden (WSJ, 21.10.03). -gs-

SVR Macau

30 Stellvertretender Staatspräsident Zeng Qinghong in Macau

Der stellvertretende Staatspräsident der VR China Zeng Qinghong statete vom 17. bis 18. September Macau erstmals einen Besuch ab. Anlass war die Unterzeichnung des „Abkommens über engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Festlandchina und Macau“ („Mainland-Macau Closer Economic Partnership Arrangement“, CEPA). Zu seiner Begleitung gehörten u.a. Staatsrat Tang Jiaxuan (der frühere Außenminister) und Liao Hui, Direktor des Büros des Staatsrats für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus. Zeng traf mit Edmund Ho zusammen, besuchte die 1981 gegründete Universität und die Hou-Kong-Mittelschule, die schon der frühere Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin Ende 2000 besucht hatte, und hielt auf dem von Edmund Ho gegebenen Begrüßungsbankett eine Rede über Macaus erfolgreiche Umsetzung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“. Schon im September war er während einer Inspektionsreise in Macaus Nachbarprovinz Guangdong mit Edmund Ho und Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa in Zhuhai und Shenzhen zusammengetroffen und hatte sich für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Festland und den beiden Sonderverwaltungsregionen (SVR) ausgesprochen. Ein Ziel dieser Inspektionstour war die Förderung der Zusammenarbeit Guangdong mit den beiden SVR. Zeng äußerte dabei die Hoffnung, dass die Verantwortlichen in Guangdong der Zusammenarbeit mit Hongkong und Macau genauso viel Aufmerksamkeit schenken wie die Zentralregierung in Beijing. Guangdong müsse seinen geographischen Vorteil der Nähe zu Hongkong und Macau voll ausspielen und bei der Umsetzung des CEPA die Füh-

rung übernehmen. In seiner Rede auf dem Bankett pries Zeng Qinghong das CEPA als eine besondere Vereinbarung unter dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ und innerhalb des Rahmens der WTO. Sie sei ein weiterer Beleg dafür, dass die Zentralregierung schon immer Hongkong und Macau dieselbe Aufmerksamkeit und Behandlung zuteil werden lasse. Jede Unterstützungspolitik und -maßnahme, die die Zentralregierung auf Hongkong anwende, sei im Prinzip auch auf Macau anwendbar, wenn Macau dies als notwendig erachte. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 17., 18., 23.10.03; Xinhua, 17.9.03, nach BBC PF, 18.9.03; Xinhua, 17.10.03, nach BBC PF, 20.10.03; XNA, 17.9., 17., 18.10.03; RMRB, 18., 19.10.03) -ljk-

31 „Abkommen über engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Festlandchina und Macau“ unterzeichnet

Das „Mainland-Macau Closer Economic Partnership Arrangement“ (CEPA) nebst sechs Anhängen wurde am Nachmittag des 17. Oktober in Macau vom stellvertretenden chinesischen Handelsminister An Min und Macaus Wirtschafts- und Finanzminister Francis Tam unterzeichnet. Der Zeremonie wohnten der stellvertretende chinesische Staatspräsident Zeng Qinghong und Macaus Regierungschef Edmund Ho bei. Der Handelspakt tritt am 1. Januar 2004 in Kraft. Nach der Liberalisierung der Glücksspielindustrie ist dies die zweite große wirtschaftsstrategische Maßnahme der SVR Macau. Das CEPA zwischen Festlandchina und Hongkong war am 30. September unterzeichnet worden. Macau und Hongkong wird von Beijing durch das CEPA quasi ein Heimvorteil gewährt, bevor andere Länder und Regionen in zwei Jahren von der Mitgliedschaft Chinas in der WTO profitieren können.

Die Konsultationen über das Abkommen mit Macau hatten am 20. Juni in Beijing begonnen. In den vier Monaten mit insgesamt fünf Gesprächsrunden wurde schließlich in drei größeren Bereichen des CEPA Übereinkunft erzielt: im Warenhandel, im Dienst-